

*Die arbeitenden
Menschen erhielten
noch nie etwas
geschenkt.
Alles mußten sie sich
selbst erkämpfen.*

*Besucht die
Maikundgebung
im Bürgerhaus!*

1. MAI 75

Setzen wir uns gemeinsam ein

- für die Verteidigung der Arbeitsplätze, gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit;
- für die Stärkung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne und Gehälter,
- für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitslosen;
- für das Recht auf eine gesicherte, moderne Berufsausbildung,
- für wirksame Mitbestimmung und Ausbau der Arbeiterrechte in den Betrieben,
- für die Solidarität aller Arbeitenden gegen verfassungswidrige Berufsverbotsgesetze;
- für die Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen in Beruf und Gesellschaft.

30 Jahre Frieden

Am 8. Mai 1975 werden es drei Jahrzehnte her sein, seit der deutsche Faschismus vernichtend geschlagen wurde. Dieser 8. Mai 1945 war auch für das deutsche Volk der Tag der Befreiung, denn niedergeschlagen war sein schlimmster Feind im eigenen Lande, der von den reaktionärsten Kräften des deutschen Monopolkapitals hochgezüchtete Faschismus. Seine Verbrechen hatten den deutschen Namen mit Schande bedeckt. Er hatte zuerst das eigene Volk unterjocht, die Demokratie erwürgt, die Arbeiterbewegung unter-

drückt, Zehntausende deutscher Antifaschisten gequält und ermordet. Ein System des Terrors errichtet, bevor er den zweiten Weltkrieg vom Zaune brach. Am Ende seines Raubzuges durch ganz Europa stürzte er das eigene Volk in die Katastrophe. Mit dem 8. Mai 1945 sollte eine grundlegende demokratische Neuordnung beginnen. Das war der Wille des Volkes. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen, traten mit klaren Forderungen dafür auf. Die demokratische Neuordnung war

und ist die entscheidende Lehre deutscher Geschichte. Sie wurde in der Bundesrepublik nicht verwirklicht. In Staat und Wirtschaft herrschen noch immer die gesellschaftlichen Kräfte, die den Faschismus hervorgebracht haben, das Monopolkapital.

Am 8. März 1975 haben wir auf unserem Kontinent 30 Jahre Frieden, die längste Friedensperiode unseres Jahrhunderts. Und es ist aussichtsreicher denn je, den Frieden auf Dauer zu sichern. Wichtige Schritte dazu sind durch die Verträge der BRD mit der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Staaten eingeleitet worden, die auf der Grundlage der Anerkennung der Realitäten normale, gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern möglich machen. Aber – auch in der Bundesrepublik stellen die reaktionärsten Kräfte des Kapitals – noch eine ernste Gefahr für die Volksinteressen dar. Sie sind die treibende Kraft hinter allen reaktionären politischen Gruppen, vor allem der CDU/CSU, die angesichts der Krise des kapitalistischen Systems die Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte verschärfen, die die Krise nutzen wollen, um die gesamte Entwicklung in unserem Lande weiter nach rechts zu führen. Angesichts dieser Lage sind die Lehren aus Faschismus und Krieg von größter Aktualität. Sie zu beherzigen und zu verwirklichen, mahnt uns der 30. Jahrestag der Befreiung.



Eingedenk der bitteren Erfahrungen, die unser Volk mit der faschistischen Diktatur machen mußte, rufen wir alle Antifaschisten und Demokraten dazu auf, ungeachtet der Unterschiedlichkeit ihrer weltanschaulichen oder politischen Bindungen, gemeinsam einzutreten und am 10. Mai 1975 in Frankfurt am Main unter der Losung zu demonstrieren:
„30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus – 30 Jahre Kampf um ein Europa des Friedens.“

Zur Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg fährt ab Mörfelden ein Bus.
Abfahrt: 10. Mai, 9.30 Uhr, Rathausplatz.
Fahrkarten für 3,- DM bei allen Mitgliedern der DKP.

Aktionseinheit gegen Krisenlasten!

Aus dem Maiaufruf der Deutschen Kommunistischen Partei

Seit fast 100 Jahren ist der 1. Mai Kampftag der internationalen Arbeiterklasse für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, ein Tag der Solidarität gegen Monopolmacht, nationale Unterdrückung und Reaktion. Dieses solidarische Eintreten gegen die Angriffe des Großkapitals ist heute aktueller denn je.

In der Bundesrepublik wie in der gesamten kapitalistischen Welt regiert die Unsicherheit. Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter sind Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft. In den Betrieben wachsen Ausbeutung und Antreiberei, Lohndruck, Preiserhöhungen, Mietwucher, steigende Steuern und Sozialabgaben höhlen die Real-löhne aus. Die Massenkaufkraft sinkt, während die Profite steigen. Immer noch wird der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften jede wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesellschaft verweigert.

30 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus verstärken die Rechtskräfte in unserem Land ihre Angriffe gegen Entspannung und Verständigung, gegen die demokratischen Rechte und Freihei-

ten der Bevölkerung. Sie versuchen, die Krise zu nutzen, um die politische Entwicklung unseres Landes noch mehr nach rechts zu drücken. Zur gleichen Zeit werden die Kräfte sichtbar und wirksam, die sich gegen eine stärkere Rechtsentwicklung wenden. Unter der arbeitenden Bevölkerung wächst die Erkenntnis, daß der Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krisenwirtschaft, gegen die Demagogie der rechtsten Kräfte eine Stärkung der Linkskräfte unseres Landes erfordert, die Herstellung eines breiten antimono-

polistischen Bündnisses aller vom Großkapital Ausgebeuteten und Unterdrückten. Immer deutlicher wird sichtbar, daß die berechnete Forderung nach Sicherheit und Stabilität die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole, den Kampf für den Sozialismus erfordert.

Das Großkapital, die Bundesregierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich als unfähig erwiesen, die Probleme unserer Zeit im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen. Das Leben selbst bestätigt, daß Arbeiterinteressen nur von den Arbeitern, Angestellten und Beamten selbst durchgesetzt werden können.

Die DKP appelliert an die arbeitende Bevölkerung unseres Landes: Tragt am 1. Mai Eure berechtigten Forderungen unüberhörbar in die Öffentlichkeit! Beteiligt Euch an den Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen des DGB zum 1. Mai!

Ein Film, den man gesehen haben muß!

Die Fahne von Kriwoi Rog

Nach „Nackt unter Wölfen“ und „Trotz alledem“ zeigt die DKP-Mörfelden einen weiteren Film über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser DEFA-Film ist die Verfilmung eines Romanes des Arbeiterschriftstellers Otto Gotsche. Er erzählt die Geschichte des Arbeitens, Kämpfens und des Sieges der Arbeiter des Mansfelder Kupferreviers und ihrer Idee, des Sozialismus, vom Ende der zwanziger Jahre bis zur Befreiung durch die Sowjetarmee.

Am Mittwoch, 16. April 1975, um 20.00 Uhr, Eintritt 1,- DM. UT-Lichtspiele, Langener Straße.

Karten bei DKP-Mitgliedern und an der Abendkasse.



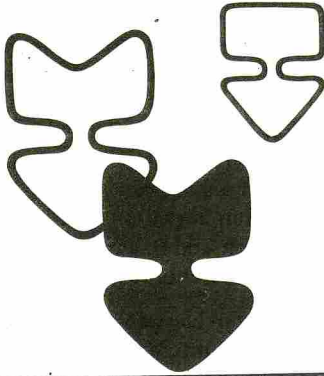
Ein großer Tag für die freireligiöse Gemeinde

Jugendweihe im Bürgerhaus Mörfelden. Ein voller Saal, auf der Bühne, vor einer Blumenwand, die vierzehn Mädchen und Jungen, die diesmal „dabei waren“.

Der SKV-Männerchor und ein Streichquartett umrahmten die würdige Veranstaltung. Der Sprecher, Cäsar Ulrich, betonte den Wert des Humanismus in seiner Festansprache.

Zur Jugendweihe gingen Regina Arndt, Uwe und Elli Best, Heike Christmann, Berthold Hechler, Klaus Kratz, Freddy und Wolfgang Meyer, Bettina und Elvira Schulze, Doris Schöneberger, Sabine und Peter Träger sowie Roger Völker.

BRIEFE



Verkehr

In Ihrer Zeitschrift „blickpunkt“, Nr. 51, Seite 2, unter „Aktuelle Verkehrstips“, ist eine Anregung gegeben, an der Einmündung Dieselstraße – Darmstädter Straße das Stoppschild wegfallen zu lassen. Und zwar unter der logisch klingenden Voraussetzung, „von links kann keiner kommen“, da es eine **Einbahnstraße** ist. Das ist lebensgefährlich! Wir Anlieger ärgern uns seit Monaten über rücksichtslose Verkehrsrowdys und Halbblinde im Straßenverkehr – welche dieser Regelung zum Trotz, mit aller Ruhe bzw. mit Absicht, nach wie vor von der Annastraße in Richtung Darmstadt abbiegen. Darunter sind sogar Dienstfahrzeuge der Bundespost, wie beobachtet wurde. Da ich und die meisten meiner Nachbarn unser Geld mit Arbeit verdienen müssen, und daher nur in den wenigen Feierabendstunden diese Beobachtungen machen können, ärgert es uns um so mehr, daß sich dies seit einigen Monaten wieder

in verstärktem Maße bemerkbar macht. Leider scheint auch die Polizei sich trotz unserer mehrmaligen Beschwerden hier nicht streng genug durchzusetzen.

Vielleicht können Sie und Ihre Mitarbeiter einmal selbst diese Situation beobachten, es können bisweilen bis zu 20 Fahrzeuge in einer halben Stunde sein, welche **drei** deutlich sichtbare Schilder mißachten.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben einige Anregungen zu geben und

zeichne hochachtungsvoll

Wolfgang Scholze
Mörfelden
Annastraße 4

Wyhl

In einer Solidaritätserklärung an die Bürger von Wyhl vom 28. Februar 1975, wünschte die Stadtverordnetenfraktion der DKP-Mörfelden dem Verlauf des Kampfes der Wyhler gegen den Bau eines Atomkraftwerkes einen erfolgreichen Verlauf.

In dem Schreiben heißt es:

„An die Bürger von Wyhl und Umgebung!

Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Kommunistischen Partei in Mörfelden erklärt sich mit Eurem Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk solidarisch.

Die brutalen Polizeieinsätze der vergangenen Tage zeigten, daß den Konzernen jedes Mittel recht ist, ihre Profite zu erhöhen.

Auch wir im Rhein-Main-Gebiet kämpfen gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt durch die chemische Industrie und durch die ständige Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens. Die Erfahrungen Eueres Kampfes werden auch für uns in Mörfelden von größtem Nutzen sein.

Euer Einsatz zeigt Leuten wie Filbinger,

wo ihre Grenzen sind. Ihr zeigt den Herren, daß sie nicht machen können was sie wollen.

In diesem Sinne wünscht die Stadtverordnetenfraktion der DKP-Mörfelden Euren Aktionen einen erfolgreichen Verlauf.“

In einem Brief vom 22. März dankten die Wyhler für die Solidaritätsadresse und übermittelten zahlreiche Informationen. Sie zitierten Robert Kennedy, der einmal sagte:

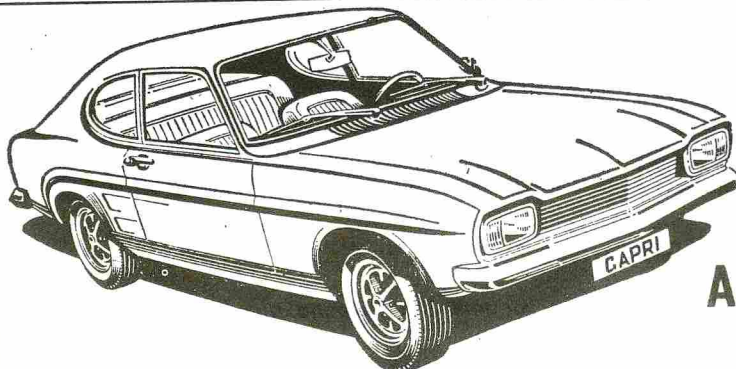
„Die heißesten Plätze in der Hölle sind für jene reserviert, die auf Erden zu allem zustimmend genickt haben. Auch zu Atomkraftwerken.“

Beigefügt war eine Stellungnahme von ehemaligen Mitgliedern der CDU mit folgendem Wortlaut:

*„Nit allem sich neige, 's Eige zeige!
In berechtigter und großer Sorge um ihre Heimat wehren sich die Bürger am Kaiserstuhl gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl. Das verwerfliche Vorgehen der Landesregierung in Personalunion mit den KKW-Betreibern durch die brutalen Polizeiaktionen läßt sich unter diesen Landes-Parteiführern mit unserer Mitgliedschaft in der CDU nicht mehr vereinbaren. Wir erklären deshalb unseren Austritt aus der CDU.“*

*20 Bürger aus Bischoffingen, Oberrottweil, Ihringen, Endingen, Sasbach, Kiechlinsbergen.
N.B. Der CDU-Ortsverein Bischoffingen hat sich ganz aufgelöst.“*

Der Brief der „Bürgerinitiative Umweltschutz Kinzigtal e.V.“ endet mit der Aufforderung: *„Kommen Sie nach Wyhl, überzeugen Sie sich selbst, was dort geschieht, und nehmen Sie Stellung! Hier geht es um mehr als ‚nur‘ ein Atomkraftwerk, hier geht es auch um die Frage, ob wir in 30 Jahren gelernt haben – oder nicht – was Demokratie wirklich ist.“*



Autohaus Schulmeyer

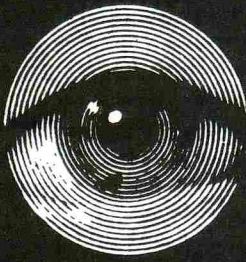
Ihr Ford-Händler

Inh. Horst Murawski

Mörfelden, Gerauer Straße 6–8, Telefon 2218

Schulmeyer pflegt gut und preiswert
in unserem Ort Ihren Ford

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Ärztliche Versorgung weiterhin schlecht

Am 19. März tagte die Gesundheitsdeputation mit einem einzigen Tagesordnungspunkt „Ärztliche Versorgung in Mörfelden“.

Von den Anwesenden wurde bedauert, daß sich an der seit Jahren bestehenden ersten Situation leider nichts zum Positiven hin verändert hat.

Dr. Weinmann meinte, daß zur Zeit zwar kein Notstand bestände, räumte aber ein, daß über Nacht ein solcher Notstand entstehen kann, wenn ein Mörfelder Arzt für längere Zeit oder für immer ausfällt.

Darauf macht die DKP-Fraktion schon seit 1968 immer wieder aufmerksam. Wir sagen schon lange, daß die Versorgung mit Ärzten nicht ausreichend ist. Nach wie vor hat Mörfelden nur fünf praktische Ärzte und das seit über zehn Jahren. Die Zahl der Einwohner ist dagegen auf zirka 15.000 gestiegen.

Immer noch hat Mörfelden keine Fachärzte. Es fehlt dringend ein Internist, ein Kinderarzt und ein Frauenarzt.

Noch immer müssen unsere älteren Bürger wegen einer Brille zum Augenarzt nach Frankfurt, Rüsselsheim oder Groß-Gerau.

Angesichts dieser ersten Situation ist es ein schwacher Trost, wenn Bürgermeister Bachmann meint, 1976 käme vielleicht ein Internist und ein Gynäkologe nach Mörfelden. Hierfür hat die Stadt schon beachtliche Vorleistungen erbracht. (billiger Bauplatz und zinsgünstiges Darlehen).

Wir sind der Meinung, daß man die Verbesserung der ärztlichen Versorgung nicht dem Zufall überlassen darf. Heinz Hechler brachte in der Deputations-sitzung nochmals die Vorschläge der DKP in die Diskussion. Er erinnerte an die seit Jahren gestellte Forderung nach einem Gesundheitszentrum über das die DKP bereits im April 1972 einen Entwurf vorlegte.

Auch der Vertreter der Kassenärztli-

chen Vereinigung, Herr Dr. Wißmann, berichtete, daß seine Organisation, im Bezirk Darmstadt, zehn Ärztehäuser baut, um damit Ärzte auch für eine Tätigkeit auf dem Lande zu interessieren.

Mörfelden ist nicht unter den zehn glücklichen Gemeinden, die eine solche Einrichtung erhalten.

Um so mehr sollten die Verantwortlichen dieser Stadt nach neuen Wegen suchen.

Ist die Äußerung von Bürgermeister Bachmann an diesem Abend, daß nun doch das alte Rathaus für Praxisräume umgestaltet werden soll, als ein Anfang neuer Einsichten zu sehen? Nachdem beide Gebäude, bis auf die Polizeistation, seit Monaten leerstehen und das dort geplante Zentrallabor anscheinend nicht mehr zustande kommt, sollte man den, im Juni 1974 von der DKP gestellten und von allen übrigen Fraktionen abgelehnten Antrag ruhig wieder aus der Schublade holen. In diesem Antrag forderten wir, daß geprüft werden sollte, ob sich das alte Rathaus als Übergang für ein Ärztehaus (medizinisch-technisches Zentrum) eignen würde. Eventuell könnten in diesen Räumen auch einzelne Fachärzte aus Nachbarstädten tageweise praktizieren.

Wir sind der Meinung, daß eine Einrichtung geschaffen werden sollte, die Ärzten und Patienten zugute kommt.

H.H.



Der „blickpunkt“ – die kleine Zeitung mit der großen Wirkung. Jeden Monat erscheint er. Jeden Monat wird er auf einem DKP-Informationsstand der Bevölkerung vorgestellt. Er vertritt die Interessen der Bevölkerung. Er kostet Geld, viel Geld. Das „blickpunkt“-Konto: 9003419, Kreissparkasse Groß-Gerau.

47 Milliarden DM

Geld kann man nur einmal ausgeben. Entweder für Schulen oder für Panzer. Daran mußten wir jetzt wieder denken, als der neue Bundesetat über die Runden ging. Während den Kommunen das Geld fehlt, haben die Rüstungsausgaben unter dem „Sozialdemokraten“ Leber eine neue Rekordmarke erreicht.

Die in der amtlichen Haushaltsübersicht genannten Zahlen verschleiern die Höhe der Rüstungsausgaben. Nach dem Einzelplan 14 des Verteidigungsministeriums beträgt die für solche Zwecke offen ausgewiesene Summe knapp 31 Milliarden DM. Diese Zahl wird herangezogen, um die Behauptung aufzustellen, der Sozialetat sei erstmals größer als der „Verteidigungs“-Etat. Mit 31,6 Milliarden DM ist der Haushalt des Arbeitsministeriums in der Tat „optisch“ ein wenig höher als der Etat Minister Lebers. Die Augenwischerei, die dieser Gegenüberstellung zugrunde liegt, wird sichtbar, wenn man die tatsächlichen Rüstungslasten heranzieht. In den Ausschußberatungen erhielt Leber gegenüber dem ursprünglichen Ansatz einen „Nachschlag“ von einer Milliarde DM. Die damit auf knapp 31 Milliarden DM gestiegenen Ausgaben in seinem Etat sind jedoch nur die halbe Wahrheit. Der Bundestag schloß sich gleichzeitig zahlreichen Ausschußempfehlungen an, die eine weitere Erhöhung von Rüstungsausgaben in einem Dutzend anderer Einzelpläne des Gesamthaushalts vorsehen. Nur die Westberlin-Hilfe, die die Bundesregierung ebenso wie andere nicht offen als Rüstungslasten ausgewiesene Ausgaben im Brüsseler NATO-Hauptquartier als „Verteidigungsleistung“ nach NATO-Kriterien geltend macht, ist mit 6,2 Milliarden DM im Einzelplan „allgemeine Finanzverwaltung“ relativ konstant geblieben.

Der ursprüngliche Ansatz für alle Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien betrug 46,4 Milliarden DM. Durch die nachträglichen Aufstockungen überschreitet die Gesamtsumme nun die 47-Milliarden-Grenze. Zum Beispiel wurde der „Beitrag zum zivilen Teil

des Haushalts der NATO“, unter dem sich Verwaltungskosten für die Brüsseler Bürokratie verstecken, mit einem „Inflationszuschlag“ von 3,5 Millionen DM bedacht. Trotzdem versucht die Bundesregierung den Sozialetat als „den größten“ hinzustellen. Dabei springt ins Auge, daß im Haushalt des Arbeitsministeriums zusammengerechnet elf Milliarden DM allein für „Kriegsopferversorgung, Kriegsopferfürsorge“ und ähnliche Leistungen vorgesehen sind. Hier geht es um Folgekosten des Krieges, die bestenfalls etwas mit Schadensausgleich, aber nichts mit „Sozialleistungen“ im eigentlichen Sinne zu tun haben. Bei echten sozialen Belangen zeigte sich die Bundesregierung knausrig genug.

Beispiel: Für Förderungsmaßnahmen zum Schutz gegen Lärm am Arbeitsplatz wurden nachträglich 200.000 DM vom Haushaltsauschuß gestrichen und übrig bleibt der lächerliche Posten von 1,3 Millionen DM. Der Bundestag stimmte zu. Wie wenig sozial dieser Etat ist, zeigt sich auch daran, daß den Rentenversicherungsträgern wieder eine Schuldverschreibung von 2,5 Milliarden an Stelle gesetzlich erforderlicher Zahlungen in die Kasse geschoben wird.

Was bei diesem 155-Milliarden-Bundeshaushalt also unterm Strich zu verzeichnen bleibt, ist die Tatsache, daß die Bundesregierung auch im Detail keinen Beweis ihrer unveränderten Hochrüstungspolitik schuldig geblieben ist. Trotz aller Taschenspielertricks ist unverkennbar: die sozialen Belange der Bevölkerung kommen zu kurz, weil die Interessen besonders der Rüstungskonzerne den Haushalt bestimmen.

Rudolf Schmidt antwortet nicht

Im letzten „blickpunkt“ machten wir auf die zunehmende Übereinstimmung zwischen FDP-Schmidt und der Mörfelder CDU aufmerksam. Wir wiesen darauf hin, daß die CDU auf den künftigen Bürgermeister und die Hilfe der FDP hofft.

Nun ist Schmidt sicher nicht die FDP (das zeigen die „Prügel“, die er in seiner eigenen Partei bezieht). Aber immerhin – eine Stellungnahme (ob er für einen CDU-Bürgermeister stimmen würde) wäre auch für FDP-Wähler recht nützlich.

Oder ist keine Antwort auch schon eine Antwort?



Markt mit

beim Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden.

Wir treffen uns mittwochs.

Auskunft bei:

Waltraud Träger

Mörfelden, Hochstraße 6

Telefon: 2 32 55

„Schlechter Verlierer“

Was ist nur mit der CDU los? Da gab es in Mörfelden zwei ganz normale demokratische Abstimmungen. Die Mehrheit des Jugendringes hat die Junge Union, die Jugendorganisation der CDU, nicht in den Jugendring aufgenommen. Die Mehrheit des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales stimmte gegen den Vertreter der CDU, Lothar Dietrich, und wählte stattdessen den DKP-Stadtverordneten Michael Denk als stellvertretenden Ausschußsprecher.

Die Reaktion der CDU auf diesen Tatbestand ist erschreckend. In den CDU-Pressemeldungen war zu lesen: „Ein DKP-Mann stellvertretender Ausschußsprecher, das ist ein Skandal.“ „Die spanische Inquisition von der Mörfelder SDAJ wieder eingeführt.“ „Skandalöser Beschluß des Stadtjugendringes.“ CDU-Landtagsabgeordneter Sturmowski erklärte: „Die verweigerte Aufnahme dürfe von der „freiheitlich verfaßten Gesellschaft“ auf keinen Fall widerspruchslos hingenommen werden und der Junge-Union-Landesvorsitzende Jung will den Mörfelder Kommunisten

gar Nachhilfeunterricht in Demokratie geben. CDU-Peez legt sein Mandat als stellvertretender Ausschußvorsitzender nieder.

Vielen Mörfeldern ist das ganze CDU-Gehabe unverständlich und man muß sich tatsächlich fragen, was ist mit der CDU los?

Es ist halt doch so, daß man mal überstimmt werden kann. Wenn man den CDU-Vertreter Lothar Dietrich nicht wählte, dann doch auch deshalb, weil er seit langer Zeit bei Ausschußsitzungen fehlt. Wenn er durch einen aktiven Arbeitervertreter, den langjährigen Vorsitzenden der Bauarbeitergewerkschaft, Michael Denk, ersetzt wird, dann ist das gut und nicht schlecht. Wenn die Junge Union beim ersten Anlauf nicht in den Stadtjugendring aufgenommen wurde, dann ist das weiß Gott auch kein Beinbruch. Schließlich gibt es ja, wie man mittlerweile weiß, keine Gruppe, die eine Mitarbeit der Jungen Union grundsätzlich ablehnt. Die CDU ist offenbar ein schlechter Verlierer.

Karl-Heinz Neubert, 6082 Mörfelden, Friedrichstraße 4

aw:
FREITAGS-
ANZEIGER
27.3.75

Die große Lüge

Fakten

Jeden Tag lesen wir es in den Zeitungen. Jeden Abend sehen wir es im Fernsehen – Tausende sind in Vietnam auf der Flucht. Auf der Flucht vor den Kommunisten. Das sagen jedenfalls die Kommentatoren – und die das sagen, wissen, warum sie es sagen. Löwenthal und Leber „Bild“ und „Welt“ brauchen den Antikommunismus. Sie wollen, daß die Bevölkerung Angst vor dem Kommunismus hat. Wer vor den Kommunisten Angst hat, der setzt sich nicht mit ihren Ideen auseinander. Die große antikommunistische Lüge dieser Tage ist die Lüge von der „Flucht vor den Kommunisten“.

Ganz „so freiwillig, wie es den Anschein hat, haben viele der Flüchtenden ihre Dörfer und Städte nicht verlassen“, muß zögernd der „Spiegel“ am 31. März 1975 zugeben und berichtet von Vertreibungs-Kommandos, aus deren Lautsprecherwagen nur der eine Satz ertönt: „Rennt um euer Leben, bevor es zu spät ist.“ Vor Jahren schon warfen US-Hubschrauber Flugblätter mit ähnlichen Texten ab, um zur „Flucht“ aufzurufen.

Das System ist alt. Erdacht wurde es Ende der sechziger Jahre von US-Strategen, die es zynisch „Flüchtlings-Erzeugung“ nannten. „Es bedeutet nichts anderes“, schreibt Werner Holzer am 27. März 1975 in der „Frankfurter Rundschau“, „als daß man ganze Provinzen mehr oder weniger mit Gewalt entvölkert hat, um freies Schußfeld zu bekommen und um den Guerillasoldaten des Vietkong die Deckung durch die Zivilbevölkerung zu nehmen. Den Opfern dieser Praktiken blieb nur die Wahl, ihre Dörfer zu verlassen und ins Ungeheure zu flüchten – oder freiwillig zu Zielen von Flächenbombardements zu werden.“

Die Bevölkerung flüchtet zunächst vor dem näherrückenden furchtbaren Krieg.

Auch das zweite Ziel der „Flüchtlings-Erzeugung“ ist nicht neu: Zehntausende Menschen, die von Saigoner Truppen vertrieben werden, sollen entwurzelt und von äußerer Hilfe abhängig die Legitimation für das Thieu-Regime abgeben. Der „Massenauszug in die Freiheit“ wie die bürgerliche Presse aus der Verschleppung Kapital zu schlagen versucht, endet meist in Lagern. Oder gar im Tod.

Die „Massenflucht vor den Kommunisten“ – sie entpuppt sich als eine verbrecherische Kampagne, in der sich Gewalt und zügellose antikommunistische Greuelpropaganda paaren. In Nebensätzen versteckt, müssen dann auch

ARD und ZDF am 1. April in den Abendnachrichten melden: „Die Flüchtlinge berichten, sie seien von den Saigoner Behörden gezwungen worden, ihre Dörfer und Städte zu verlassen.“ Das Schlimme ist, das korrupte Saigoner Regime hat seine Handlanger auch bei uns – sie sitzen in Bonner Ministerien und in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Medien: Mit „Flüchtlings“-Lügen und antikommunistischen Tiraden soll publizistisch der Boden für eine noch massivere Unterstützung des Thieu-Regimes bereitet werden. Die arbeitenden Menschen aber sollten sich fragen, wem nützt dieser Antikommunismus!



Auch das gehört zum verbrecherischen System der „Flüchtlings-Erzeugung“: Flugblätter wie diese kündigten den Tod ganzer Dörfer an, um die Bevölkerung zur „Flucht“ zu zwingen. Saigoner Hubschrauber warfen die Todesdrohung ab.

September 1945

Gründung der Demokratischen Republik Vietnam, Territorium: Nord- und Südvietnam.

Januar 1946

Wahlen zur Nationalversammlung unter Beteiligung von sieben Parteien.

Mai 1948

Frankreich bildet in Saigon eine Marionettenregierung.

Mai 1954

Nach neunjährigem blutigem Krieg besiegen die Befreiungskräfte die französischen Kolonialtruppen.

1954

Im Genfer Indochina-Abkommen wird festgelegt, daß innerhalb von zwei Jahren die Wiedervereinigung Vietnams, auf der Grundlage demokratischer Wahlen, stattfindet.

Oktober 1955

Von den USA politisch, finanziell und militärisch unterstützt, wird die „Republik Vietnam“ (Süd-Vietnam) proklamiert. Bruch des Genfer Abkommens.

1960

Der Bruch des Indochina-Abkommens, grausamste Verfolgung und Folterung von Demokraten in Süd-Vietnam führt zur Gründung der FNL (Befreiungsfront Südvietnams).

1969

629 Bombenangriffe.

1972

2.373 Bombenangriffe, Verminung der nordvietnamesischen Häfen durch die US-Flotte ohne Kriegserklärung, die Brutalität des nichterklärten Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk steigert sich ins Unerträgliche: Napalm, Kugelbomben, ständiger Angriff auf zivile Objekte (Krankenhäuser, Kindergärten, Deiche).

Januar 1973

Die politischen und militärischen Erfolge und die weltweite Solidarität zwingen die USA an den Verhandlungstisch. In Paris wird das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam geschlossen. Im Abkommen verankert: Abzug aller US-Truppen (mehr als 20.000 Militärberater der USA bleiben in Vietnam). Artikel 2 und 3 des Pariser Abkommens verpflichten zum Waffenstillstand. (Das Saigoner Regime unternahm ständig militärische Operationen, um in befreite Gebiete einzudringen).

So sieht der „Friedenswille“ Saigons aus:

- 300 völlig zerstörte Dörfer,
- 41.000 Luftangriffe der Saigoner Armee auf befreite Gebiete,
- 165.000 Menschen aus ihren Dörfern in Saigoner Konzentrationslager verschleppt,
- der im Pariser Abkommen vorgesehene „Rat der Versöhnung“ wird von Saigon sabotiert,
- Thieu erklärt: „Der Waffenstillstand ist ein kommunistisches Manöver. . . man muß die Hindernisse zum totalen militärischen Sieg aus dem Weg räumen.“

Zehn kleine Maolein

Zehn kleine Maolein, die wollten sich zerstreun,
der eine spielte Beethoven, da waren's nur noch neun.

Neun kleine Maolein, die wollten an die Macht,
der eine las die Thesen durch, da waren's nur noch acht.

Acht kleine Maolein, die gingen mal nach drieben,
der eine hat es da kapiert, da waren's nur noch sieben.

Sieben kleine Maolein, die hatten 'nen Komplex,
der eine las bei Lenin nach, da waren's nur noch sechs.

Sechs kleine Maolein, die machten sich auf die Strümpf,
doch alle wußten nicht wohin, da waren's nur noch fünf.

Fünf kleine Maolein, die schrieben viel Papier,
der eine hat sich's durchgelesen, da waren's nur noch vier.

Vier kleine Maolein, die gingen zum 1. Mai,
mal richtig unter Arbeiter, da waren's nur noch drei.

Drei kleine Maolein, die gründen 'ne Partei,
die Linie war noch nicht ganz klar, da waren's nur noch zwei.

Zwei kleine Maolein, die gingen in'n Betrieb,
mal richtig sehn, was Arbeit ist, nur eines übrig blieb.

Ein kleines Maolein, das hatte keine Ruh'
bekämpfen wollt's die DKP, da ging's zur CDU.

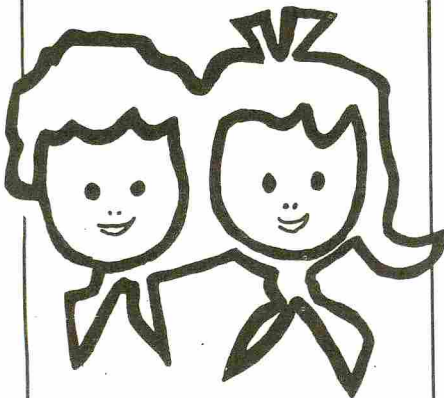


**Modisch aktuelle Gardinen
Maßgerecht zugeschnitten
Im eigenen Nähatelier genäht**

Für Sie dekoriert

**Ihr Raumgestalter
KARL H. HEROUX**

**Mörfelden
Bahnhofstraße 23 · Telefon: 26 18**



Pfingstzeltlager der Jungen Pioniere Hessen 1975

Wir veranstalten vom 17.5. bis zum
19.5.1975 ein großes Pfingstzelt-
lager, zu dem wir alle Kinder einla-
den.

Bei uns gibt es Geländespiele, Lager-
feuer, eine Nachtwanderung, Kinder-
fest, Sportfest, Geschicklichkeitswett-
bewerb, aber auch Treffen mit Mit-
gliedern der Sozialistischen Deutschen
Arbeiterjugend (SDAJ) und Gespräche
mit antifaschistischen Widerstands-
kämpfern. Wer will noch mitmachen?
Informationen bei:

Waltraud Träger
Mörfelden, Hochstraße 6
Telefon: 2 32 55

Der Teilnehmerbeitrag für das Pfingst-
zeltlager beträgt 20,- DM (bei Ge-
schwistern für jedes weitere Kind
10,- DM).



Es geht aufwärts! Herzlichen Glückwunsch zur Erringung der Meisterschaft!